

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.86 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingelieferter 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Blektame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67377.

Nr. 121.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 28. Mai 1931.

13. Jahrgang.

Heil ihm, der Demuth lernt, nicht durch Demütigungen,
Der, ohne daß die Welt ihn zwang, sich hat bezwungen.
Rückert.

Die Oldenburger Wahlen — ein Warnruf an die Mittelparteien.

Mit allgemeiner Spannung wurde der Ausgang der
Oldenburger Landtagswahlen erwartet, bedeutete doch
der Ausgang ein Stimmungsbarometer insofern, als
festgestellt werden sollte, ob die Radikalisierung sich im
gleichen Tempo fortsetze.

Auch der mit diktatorischer Gewalt ausgestattete
Staatsmann kann, wenn er auch nicht unmittelbar Fol-
gen aus einer Landtagswahl wirken läßt, an solchen
Wahlergebnissen nicht vorbeigehen, wenn er nicht eines
Tages Überraschungen erleben will.

In Oldenburg zeigte sich der gleiche Vorgang wie in
Schleswig-Holstein. Die Bauernschaft strebt der Radika-
lisierung zu. Worin liegen die tieferen Gründe? Natür-
lich zuerst in der schwierigen wirtschaftlichen Lage der
Landwirtschaft überhaupt und in der besonders gearteten
Lage der Weidewirtschaft, wie sie in Schleswig-Holstein
und Oldenburg zu Hause ist. Der Füllschuß für den Kör-
ner bauenden Osten wirkt sich weniger günstig, ja, da und
dort gegenständig auf die Weidewirtschaft aus. Jedoch ist es
eine gefährliche Selbsttäuschung der „öffentlichen Mei-
nung“, wenn sie ausschließlich oder vorwiegend die Wirt-
schafts-Depression für die Radikalisierung verantwortlich
stellt. Sie überträgt Beweggründe, die für die nicht bo-
dengebundenen Großstadtmassen maßgeblich zu sein pfle-
gen, kurzerhand auf ganz anders geartete Gebiete. Das
„Ubi bene, ibi patria“, hat für die bäuerliche Bevölke-
rung schon deswegen keine ausschlaggebende Bedeutung,
weil sie mit ihrer Wirtschaft an den Heimatboden ge-
bunden ist und mit ihren wirtschaftlichen Interessen zu-
gleich national-politische verteidigt.

Die deutschen Staatsmänner werden sich klar dar-
über sein müssen, daß die Befriedigung wirtschaftlicher
Forderungen der Bauern durchaus nicht ausreicht, um
ihre Radikalisierung auszuhalten. Die deutschen Staats-
männer werden sich daran gewöhnen müssen, den politi-
schen Forderungen der Bauernschaft mehr als bisher
Rechnung zu tragen. Die wurzellosen Großstadtmassen
sind leichter zufrieden zu stellen und es bedarf nur der
Anwendung des Grundgesetzes, der im alten Rom galt,
„Brot und Spiele“, um die politischen Forderungen der
Massen zu neutralisieren. Die Wesensverschiedenheit der
vom Heimatboden losgelösten Massen und der bodenstän-
digen Bevölkerung ist zu groß, als daß man mit den bis-
herigen Regierungsmethoden auskommt.

Jahrelang hat man sich über die politischen Forderun-
gen des Bürgertums hinweggesetzt. Man wende nicht ein,
daß das Bürgertum seine politischen Forderungen durch
die Mittelparteien vertreten könnte, durch die Mittelpar-
teien vertrat das Bürgertum seine wirtschaftlichen For-
derungen. Nichts zeigt das deutlicher als die Vielzahl
der Mittelparteien. Nicht nur haben die Mittelparteien
sowohl aus zahlenmäßiger als auch aus innerer Schwäche
die wirtschaftlichen Forderungen des Mittelstandes ge-
genüber den Zerfetzungstendenzen der Linken schlecht be-
hauptet. Hinsichtlich der politischen Forderungen des
Mittelstandes vermochten die Mittelparteien aus den
gleichen Gründen nichts zu erreichen.

Die Proletarisierung, wie sie von der Sozialdemokra-
tie erstrebt wird, ist im weiteren Fortschreiten begriffen,
und hier kreuzen sich neben wirtschaftlichen Linien auch
politische und kulturelle. An diesem Kernpunkt der
Frage vorübergegangen zu sein, ist die Schuld der Mit-
telparteien, die mit der SPD. paktierten, obwohl die
geistige Grundhaltung der Partei — mögen auch ihre
Agitationsmethoden sich geändert haben — unverändert
fortwirkt. Die SPD. hat nach wie vor Klassenkampf-
charakter, und der Begriff Klassenkampf schließt die Zer-
setzung des Bürgertums und Bauernums ein. Mit jeder
Wahl erhalten die Mittelparteien eine weitere Quittung
für ihr kompromissierendes Verhalten in politischen und
kulturellen Fragen. Für die Mittelparteien hätte der
starke Rückgang der Staatspartei, alias demokratische
Partei, warnend abschreckend wirken müssen. Es ist
schon eine Leistung, wenn auch recht negativer Art, wenn
diese Partei von einigen siebenzig zurückgegangen ist.
Der Sarkasmus des Reichsfinanzministers Dr. Diet-
rich, der in einer Hamburger Rede erklärte: „Man wirft
uns vor, daß wir so wenige geworden seien. Wir sind
deshalb so wenige geworden, weil der Narren so viele
geworden sind“, klingt nur zu deutlich an Galgenhumor

an, ganz abgesehen davon, daß eine solche Feststellung
eine grobe Beleidigung aller politisch Andersdenkenden
ist, vor der sich ein Minister, der Diener der Gesamtheit
zu sein hat, und der zu anderen Zeiten eine Verbeugung
vor der Souveränität des Volkes zu machen pflegt, hüten
sollte. Die Mittelparteien haben aus dem Rückgang der
Staatspartei nichts hinzulernt, jedoch viel vergessen.
Regierung und „öffentliche Meinung“ stecken den Kopf
in den Sand und glauben, die Radikalisierung mit Poli-
zeimethoden aufhalten zu können, die an Metternichsche
Methoden anklängen.

Gewiß — eine starke Mitte wäre der beste Schutz der
politischen und wirtschaftlichen Interessen des Bürger-
tums und des Bauernums. Eine starke Mitte braucht
durchaus nicht eine Kampfansage an die deutsche Arbei-
terschaft zu sein, oder eine Verkenning der sozialen und
kulturellen Forderungen der arbeitenden Massen zu be-
deuten, sofern jene Mitte eine grundsätzlich neue geistige
Haltung, losgelöst vom Partei- und Interessendenken,
einzunehmen vermöchte. Das wäre eine Aufgabe der Ju-
gend der Mittelparteien, wenn sie beizeiten diese Jugend
zu begeistern verstanden hätten. Für Sündlergeist, ver-
brämt mit einem nationalen Mantelchen, ist die Jugend
nun einmal nicht zu begeistern, und diese Jugend hat den
Frontwechsel bereits vollzogen. Sie steht entweder ganz
rechts oder ganz links. Eine starke Mitte, die die wirt-
schaftlichen, kulturellen und politischen Interessen des
Mittelstandes zu vertreten vermöchte, ist nur zu bilden
aus Zentrum, Volkspartei und Deutschnationalen und
jenen Splitterparteien, die dazwischen liegen. Die
Staatspartei vermag sich aus eigenem Entschluß nicht
mehr aus der Notmäßigkeit der SPD. zu erheben. Sie
ist heute nur noch ein vorgeschobener Posten des verbür-
gerlichten Teils der SPD. Wenn heute die Staatspartei
für das schwierigste Amt der Finanzen einen Minister
stellt, so ist das keine Aufopferung, die rühmenswert
wäre, sondern eine nach metaphysischen Gesetzen gerechte
Lösung. Die Staatspartei, die ein Jahrzehnt mit der
SPD. dominierte und mit ihr mitschuldig wurde, voll-
zieht mit der Übernahme dieses schwierigen Amtes nur
eine Sühne. Die politische Bettgenossenschaft zwischen
Zentrum und SPD., die besonders in Preußen durch
Herrn Geh vertreten wird, läßt die Hoffnung auf einen
Wandel der Dinge vorläufig nicht zu, es sei denn, daß
dem Zentrum ein recht erheblicher Kaufpreis geboten
wird. Wir müssen die Dinge einmal schonungslos aller
Pfrafen entkleiden und sie so sehen, wie sie sind, nicht
wie man sie gesehen haben will. Die Volkspartei hat bei
allen Wahlen des letzten Jahres erhebliche Nachschläge
erhalten, ohne daß sie daraus gelernt hätte. Ob sie erst
noch weiterer Quittungen bei kommenden Wahlen be-
darf? Sie sollte sich überlegen, daß, je weniger hinter ihr
steht, sie ein um so weniger ausschlaggebender und wün-
schenswerter Bundesgenosse für die Rechte wird. Sie
könnte unter Umständen den gleichen Weg wie die
Staatspartei nehmen. Das heißt, in ihrer Schwäche
zwangsläufig der Hörigkeit der linken Mitte und der
Linken unterfallen.

Von allen Einsichtigen wird es doch schon heute als
ein Hohn auf den Volkswillen bewertet, daß die Staats-
partei mit ihren zwanzig Fraktionsmitgliedern im Reich
oft drei Minister stellt. Dieser Zustand schlägt einem wohl
verstandenen Mehrheitswillen, den man so gerne zitiert,
wenn es in den Kram paßt, ins Gesicht und wirkt als
schlimmere Verhöhnung der Demokratie als eine der
Strafe unterliegende Unmutsäußerung über die Staats-
einrichtungen. Daß den Parteien das Gefühl hierfür ab-
geht, ist ein bedauerliches Zeichen.

Neben wirtschaftlichen und politischen Gründen ist
das Fortschreiten der Radikalisierung auf die völlige
Verkenning der Tatsache zurückzuführen, daß im deut-
schen politischen Leben das Gefühlsmäßige einen stärkeren
Ausflug gibt als das Verstandesmäßige. Man kann
nicht jahrelang mit Unterdrückungsmaßnahmen, Aus-
nahmegesetzen und heftigen, die Motive Andersdenkender
verlethenden Agitationsreden gegen eine naturgegebene
Reaktion auf den 8. November 1918 antworten, ohne daß
der gesunde Sinn des deutschen Volkes Partei für die
Niedergehaltenen nimmt. Sollte man oben immer noch
nicht einsehen, daß solche Mittel und Mitteln sich in
das Gegenteil dessen verkehren, was man gewollt hat?
Vielleicht legt man sich endlich einmal „Reserve“ von
oben“ auf, das wäre ein Wunsch, den wir sowohl dem
Reichskanzler als dem Reichsinnenminister, ganz beson-
ders aber dem preussischen Ministerpräsidenten vorzu-
tragen hätten, der durch die Art seines öffentlichen Auf-
tretens und den Inhalt seiner Reden Andersdenkende
ständig provoziert.

Das deutsche Volk hat sich trotz aller Wirren eine ge-
wisse Objektivität und einen gewissen Gerechtigkeitsinn

bewahrt und zieht nur zu gern geschichtliche Beispiele,
etwa das Sozialisten-Gesetz und seine Auswirkungen,
heran. Mögen es die Anhänger der Staatsauffassung des
Ministerpräsidenten von Preußen auch verneinen, die
Parallele ist gegeben.

Was wird in Oldenburg? Das ist wirklich nicht zu
entscheiden. Interessant ist nur ein Interview mit dem
früheren Minister Tautz, Demokrat, der offen aus-
spricht, daß sich in Oldenburg nichts ändern werde, trotz
des Sieges der NSDAP. Merkwürdig genug für einen
Demokraten, dessen Ideal doch die Entscheidung des
Volkswillens ist. Wenn die Staatspartei in der glück-
lichen Lage wäre, ihre Mandatsziffer um das Vierfache
zu erhöhen, so würde sie darin selbstverständlich den Aus-
druck des Volkswillens sehen und respektiert wissen. Da
aber eine so verhasste Partei, die NSDAP., der Gewin-
ner ist, soll auf einmal dieser Volkswille keine Geltung
haben.

Wogegen wir uns wehren, das ist die Verschiebung des
Volkswillens hinter die Kulissen der Parlamente und
die zwiespältige Haltung der Demokratie, die, fällt die
Wahl zu ihren Gunsten aus, den Volkswillen respektiert
wissen will, fällt die Wahl zu ihren Ungunsten aus, kei-
nen Anlaß nimmt, der veränderten Sachlage Rechnung
zu tragen. So war es im Reich trotz der Forderung des
Christlichen Volksdienstes, um die es inzwischen recht still
geworden ist. Der Volksdienst hat in Oldenburg nicht be-
sonders glücklich abgeschnitten und mag hierin eine Kritik
seiner Haltung im Parlament sehen, insbesondere eine
Kritik seiner Stützungsaktion zu Gunsten der Linken, die
er sicherlich unbewußt und guten Willens übernahm. So
war es in Bremen, so wird es in Oldenburg, so wird es
in Preußen sein. Das deutsche Volk wird sich zu Tode
mählen, ehe eine grundlegende Haltung der herrschenden
Schicht eintritt. J. B. A.

Ein machtvolles Bekenntnis.

Die großen Erfolge bei den Elternratswahlen in Sachsen.

Dresden, Mai 31.

In Sachsen hat sich soeben auf kulturpoliti-
schem Gebiet ein erbitterter und bedeutungsvoller
Kampf abgespielt. Alle zwei Jahre finden hier die El-
ternratswahlen zu den Volksschulen des ganzen
Landes statt. Als im Jahre 1919 durch das sogenannte
Übergangsgesetz diese Wahlen eingeführt wurden,
da ahnte der Gesetzgeber nicht, welches Machtinstrument
er den Eltern in die Hände gab. Während mit dem glei-
chen Gesetz die Konfessionsschulen abgeschafft wurden,
sollten die zukünftigen Elternräte nur ein gewisses Mit-
beratungsrecht in den internen Angelegenheiten der
Schule haben. Ein entscheidendes Recht auf die Gestal-
tung der Schulen und Schularten wurde ihnen kei-
nwegs eingeräumt. Aber es kam anders. Im Laufe der
Jahre sind gerade diese Elternratswahlen zu einem aus-
gezeichneten Barometer der inneren Volksgesinnung über
die religiöse oder religionslose Erziehung der Kinder ge-
worden. Sie sind zu einem der wichtigsten Mittel gewor-
den, das einwandfreie Material für die zukünftige welt-
anschauliche Grundlage der deutschen Schule überhaupt
zu liefern.

Die sächsische Elternschaft marschierte bei den Eltern-
ratswahlen seither immer in zwei Fronten. Es wurden
fast überall nur zwei Listen aufgestellt: eine für die An-
hänger der weltlichen Schule und eine für die Anhänger
der christlichen. Die Kommunisten und Sozialdemokra-
ten stimmten dabei geschlossen für die weltliche, und ihre
Propaganda bewegte sich fast ausschließlich im politischen
Fahrwasser. Mit Vorbedacht wurden die Eltern, um sie
nicht in ihren innersten, noch religiös gebliebenen Gefüh-
len zu verletzen, durch die politische Färbung der Propa-
ganda von der weltanschaulichen Betrachtungsweise ab-
gelenkt. So kam es, daß die weltlichen Schulen im ersten
Wahljahr 1921 tatsächlich eine bedeutende Mehrheit er-
hielten. Die christlichen blieben mit 159 Elternrats-
sitzen in der Minderheit. Damals glaubte die Linke schon den
Beweis für die Vormachtstellung der weltlichen Schule er-
bracht zu haben. Aber es war eine Täuschung. In einem
Zeitraum von 8 Jahren, d. h. bis zum letzten Elternrats-
wahltermin im Jahre 1929 war das Gewissen der Eltern
bereits so stark erwacht, daß es den Christen gelang,
ihren weltlichen Gegnern rund 1000 Sitze abzugewinnen.
Dabei betrug die durchschnittliche Wahlbeteiligung immer
nur ein wenig über 50 Prozent. Weil die Weltlichen in-
folge ihrer straffen politischen Organisation die Wähler
weit zahlreicher zur Urne brachten als die Christlichen, so
war also der Sieg der Letzteren in Wirklichkeit noch viel
höher. Ihre Reserven waren erst höchstens zur Hälfte
ausgeschöpft.

Und die jetzigen Wahlen, die soeben am 17. Mai im ganzen Lande stattfanden? Zum erstenmal beteiligte sich offiziell die Zentralorganisation der Gottlosenverbände an ihnen und stellte die Liste „Proletarischer Schulkampf“ auf. Zu den beiden alten Gegnern kam also ein dritter. Niemals ist der Kampf mit soviel Leidenschaft geführt worden; während die Weltlichen wiederum das Religiöse in den Hintergrund rückten und nur klassenkämpferisch vorgingen, enthüllten sich die Kommunisten unter Führung der Gottlosenverbände ohne Umschweife. Der „proletarische Schulkampf“ forderte die Öffentlichkeit des Unterrichts, das Mitbestimmungsrecht bei der Wahl von Lehrern und Schulleitern, Teilnahme an den Lehrerkonferenzen, Klassenkampf in und um die Schule, freie Betätigung der kommunistischen Jungpioniere, restlose Abmeldung vom Religionsunterricht und beschleunigten, unbedingten Austritt aus der Kirche. Der Kampf tobte hin und her. Hier die Christlichen, die ihre Ziele offen darlegten, dort die Weltlichen, die den Deckmantel des politischen gebrauchten, und endlich die radikale Bewegung der Kommunisten.

Trotz aller Anstürme haben die Christlichen nicht nur ihren Bestand gewahrt, sondern neue, ganz außerordentliche Gewinne fast überall im Lande erzielt. Den klarsten Einblick liefern die großen Zentren, die Städte. In Dresden haben die Christlichen einen Zuwachs von 4500 Stimmen und ein nunmehriges Übergewicht von über 11 000 Stimmen gegenüber den weltlichen und Kommunisten. Das bedeutet mit anderen Worten: Es entfallen in Zukunft 755 Sitze auf die christliche Liste, während die weltliche nur noch 342 und die kommunistische 25 aufweist. Die Christlichen haben also im Vergleich zum Jahre 1929 allein in Dresden 41 Sitze hinzugewonnen, was einer erstmaligen christlichen Zweidrittelmehrheit sämtlicher zu vergebender Sitze in der Landeshauptstadt gleichkommt. In Leipzig beträgt der Gewinn der Christlichen ebenfalls 22 Sitze, in Chemnitz, das mit am schlimmsten unter der antireligiösen Propaganda zu leiden hat und politisch am stärksten radikalisiert ist, gleichfalls nicht weniger als 21 Sitze. In fast allen übrigen bedeutenderen Städten weisen die Christlichen ebenfalls Gewinne auf. Die Wahlbeteiligung war größer als in den Vorjahren. Wenngleich es auch diesmal wieder Orte gibt, wo sie nur knapp 30 Prozent beträgt, so stieg sie auf der anderen Seite bis auf 90 Prozent hinauf. Außerst stark war die Beteiligung an solchen Schulen, wo die Vertreter der christlichen Liste den schwersten Angriffen der Weltlichen und Radikalen ausgesetzt sind. Aber gerade hier marschiert der christliche Erziehungsgedanke nicht weniger als anderswärts. Es gibt Orte, wo seit 10 Jahren die unerschütterte Front der weltlichen Schulbewegung bestand, und wo jetzt den Christlichen der Einbruch in diese Front trotzdem gelungen ist.

Die Gottlosenbewegung hat nur in den Reihen der Weltlichen selbst ihre Gewinne holen können. Sie sind in diesem Sinne durchaus nicht unbedeutend, denn es zeigt sich in ihnen die weitere Radikalisierung eines Teiles der sozialdemokratischen Wähler. Der Gedanke der christlichen Schulerziehung aber bemächtigt sich in ständig wachsendem Maße der Elternschaft. Dr. A.

25000 Frauen in Front.

Hundertzwanzigstes Jahresfest
der westfälischen evangel. Frauenhilfe.

Am 20. Mai beging der Westfälische Provinzialverband der evangelischen Frauenhilfe sein fünfzigjähriges Jahresfest. Nicht weniger als 25 000 Frauen waren dazu nach Dortmund gekommen. Aus allen Teilen der Provinz rollten Lastautos und Omnibusse heran. Dort-

„Erster Evangelischer Film-Kongress“.

Der erste evangelische Filmkongress für Deutschland war für die Tage vom 3. bis 5. Mai mit einem reichhaltigen Programm nach Kassel eingeladen worden. Damit sind die schon länger betriebenen eifrigen Vorbereitungen für den Zusammenschluß aller am Film arbeitenden evangelischen Stellen in ein entscheidendes Stadium der Aktivität eingetreten. Der Verlauf hat alle Erwartungen übertroffen, ein Beweis dafür, daß die Zeit zum Handeln auch auf diesem Gebiete schon lange reif ist. Eröffnet wurde die Tagung durch eine Matinee im Kasseler Ufa-Theater, in der Pfarrer Lic. Dr. Herbert Hammer, Halle, Direktor des Ev. Preshverbandes für die Provinz Sachsen, darauf hinwies, daß der Auftakt absichtlich in ein Lichtspieltheater gelegt sei, um evangelische Filmarbeit nicht in Gegensatz zur zukünftigen Filmwelt zu setzen, sondern im Vertrauen auf Mitarbeit derselben zu beginnen. Der vom Evgl. Preshverband für Berlin hergestellte Film: „Kreuz über der Großstadt“ wurde anschließend gezeigt, und die in ihm mit viel Feingefühl und Liebe zur Sache behandelte schwierige Materie der kirchlichen Großstadtarbeit fand allgemeine Anerkennung. Sonntagabend spannte die große Eröffnungssammlung den weiten kirchlichen Rahmen um dieses Spezialgebiet evangelischer Kulturarbeit mit dem Vortrag des Generalsuperintendenten der Kurmark, D. Dr. Otto Dibelius, über: „Evangelischen Öffentlichkeitswillen“. Die Arbeit in die Tiefe bedarf der Ergänzung durch die Arbeit in die Weite. Die beiden folgenden Tage entwickelten in Fachreferaten die ganze Breite der gestellten Aufgabe. Pf. Heppke, der Leiter des Evgl. Jugend- und Wohlfahrtsdienstes zu Marburg a. d. Lahn, sprach zum Grundfächlichen unter dem Thema: Aufgaben und Ziele evangelischer Filmarbeit.“ Herr Friedrich Kordts, Leiter der Kulturfilmabteilung der Ufa-Berlin, wies praktische Wege. Direktor Dr. Walter Güntter, Berlin, vom Deutschen Bildspielverband plauderte über Erfahrungen aus der Arbeit. Dienstag vormittag beschloß Pfarrer Dr. Schumacher, Leiter

mund stand unter dem Zeichen der Tagung. Auf allen Straßen marschierende Frauen. Die Westfalenhalle viel zu klein, was etwas sagen will. Dreimal mußte die Festversammlung wiederholt werden, trotzdem in mehreren Kirchen ebenfalls Versammlungen stattfanden. 25 000 evangelische Frauen in Front, unter Bannern und Wimpeln tapfer marschieren. Man hatte Ursache, vor der Disziplin des weiblichen Geschlechts Respekt zu bekommen. Der reibungslose Ablauf, die wegen des Massenandrangs immer wieder neu zu treffenden Maßnahmen lieferten den Beweis für das Vorhandensein einer in fünf- und zwanzigjähriger Arbeit festgelegten und ausgereiften Verbandsorganisation.

Frauen in Front! Nicht ohne Absicht war wohl für die Zuhelfer die Form der öffentlichen Demonstration gewählt. Es galt zu demonstrieren für die Grundsätze dieses größten Frauenverbandes Deutschlands, die als bedingungslos evangelisch im ursprünglichen Sinne des Wortes zu bezeichnen sind und zu einer vielseitigen Arbeit in der Linie der Wohlfahrt, Fürsorge, Krankenpflege und Volksbildung geführt haben. Es galt auch zu demonstrieren für das Recht, die Freiheit und die Anerkennung dieser Arbeit. Bei der Uebersicht über das vielseitige Programm dieser Großorganisation, das allein in Westfalen von 746 Ortsgruppen mit 160 000 Mitgliedern durchgeführt wird, ergab sich der Satz, daß „jede evangelische Frauenhilfsgruppe zugleich eine Volkshochschule im allseitigen Sinne des Wortes“ sei, als in der Tat vollumfänglich berechtigt. Neben der charitativen Arbeit, für die jährlich von den westfälischen Mitgliedern eine Million RM aufgebracht wird, wird in der Tat für die geistige Schulung der Mitglieder für ihren Beruf als Frau und Mutter und Glied des Volkes Großes geleistet.

Der Festakt im Goldsaal der Westfalenhalle stellte durch die Begrüßungsreden der Führer aus Kirche und Provinzialverwaltung eine eindrucksvolle Anerkennung der Frauenhilfsarbeit dar. Die evangelische Kirche hat in ihr eine ungemein tätige und dadurch verbende Truppe im Ringen um die Seele des Volkes, die darum so erfolgreich ist, weil die westfälische Frauenhilfe in einer für die Gesamtkirche vorbildlichen Weise den Weg von der grundsätzlichen Bestimmung und Haltung zur praktischen Tat und Hilfe gegen vielfache Volksnot gefunden hat. Staat und Provinz aber wissen heute wieder besser als vor einigen Jahren, daß sie für die Förderung der Volkswohlfahrt, die in der freien Liebestätigkeit und Hilfsbereitschaft der evangelischen Frauenhilfe zusammengefaßt und aktiv gewordenen Energien nicht entbehren können.

So durften die Führer der westfälischen Organisation dankbar die Anerkennung entgegennehmen, die ihnen von allen Seiten zuteil wird. Mit der Geschichte dieser Arbeit sind die Namen der 1. Vorsitzenden, der Gräfin von Platenberg-Heeren, des Generalsuperintendenten i. R. D. Joellner, des eigentlichen Schöpfers der Frauenhilfe, und des langjährigen Geschäftsführers Pastor Johannes Werth-Soest untrennbar verbunden. Dem Wesen des Verbandes und der durch und durch evangelischen Grundhaltung der Führung entsprach es, daß die Freude an dem gewaltigen Fortschritt von 1906—1931 in einem starken Bekenntnis des Dankes gegen Gottes Führung ihren lebendigen Ausdruck fand und gleichzeitig in dem Gelöbnis zu unermüdlicher Weiterarbeit im Dienst der evangelischen Kirche zum Besten des Volkes, wo immer es in Not ist.

Daß dieser Dienst auch von höchster Stelle gewürdigt wird und das alle Stände und Schichten zu gemeinsamer Aufbauarbeit vereinigende evangelische Frauenhilfswerk auch in der Reichsleitung heute wieder in seiner Bedeutung erkannt ist, bestätigte das Telegramm des Reichspräsidenten von Hindenburg:

des Evgl. Jugend- und Wohlfahrtsdienstes in Pforzheim, die Vortragsreihe mit einer glänzenden Behandlung der Zeitfrage unter dem Thema: „Praktische Filmpolitik“. Zur Außenwelt des Kongresses gehörte noch eine umfassende, in ihrer Art einzig dastehende Geräte-Ausstellung unter dem Protektorat der Firma Herrn. Scheyhing-Kassel, besichtigt von sämtlichen deutschen Firmen, die in der Filmindustrie tätig sind, mit Normal- und Schmalfilmgeräten neuester Konstruktion, sämtlichem Zubehör und mit Schallplatten und elektrischen Verstärkern, welche letztere eine Probe ihrer Durchschlagskraft lieferten in dem Montagabend veranstalteten Westanschauungsabend, wo neben dem erschütternden Rhythmus der Gottlosenlieder Palestine mit katholischer und Bach mit evangelischer Kirchenmusik vertreten waren. Film und Schallplatte im Dienst des Westanschauungskampfes unserer Tage! — In Beispielen evangelischer Filmgestaltung wurden zwischendurch gezeigt Teile der Filmreportage der Confessio Augustana-Fest in Augsburg 1930, Akte aus dem neuen Jubiläumsfilm der Anstalt Bethel: „Auf Vater Bodelschwings Spuren“ und Ausschnitte aus dem äußerst geschickt und wahrhaftig bereicherten Missionsfilm der Gohrner Mission in Indien: „Jissus Sahai“, wo das Indien der Jahrtausende alten Kultur dem Einbruch des Christentums gegenübergestellt wird. Dem in allen Teilen gelungenen äußeren Verlauf des Kongresses unter der Leitung von Pfarrer Dr. Winkler, Direktor des Evgl. Preshverbandes für Westfalen und Lippe und des regen Syndikus des Verbandes, Dr. Hellbeck-Witten (Ruhr), entsprach seine innere Bedeutung als Fortführung der geplanten Einigung aller in der Filmarbeit tätigen Gruppen durchaus. Es schlossen sich dem Evangelischen Bildspielverband für Deutschland, dem Veranstalter des Kongresses, als selbständige Einzelgruppen an: die Filmstelle der Anstalt Bethel, die Missions-Film-Vertriebsgesellschaft (Hermannsburg — Leipzig — Berlin — Herrnhut), die Filmstelle des Reichsverbandes der evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands u. a. Damit sind die Vertreter

„Herzlichen Dank für Ihr freundliches Mitgedenken und die Grüße, die ich mit den besten Segenswünschen für die weitere segensreiche Arbeit der westfälischen Frauenhilfe herzlichst erwidere.“

Die 25 000 Frauen in Front, insonderheit die 8 000 Bezirksfrauen in Stadt und Land, die ihre besonderen Bezirke unermüdlich pflegen, und mit ihnen die ganze westfälische Armee der 160 000 werden dieses Gedenken des Reichsoberhauptes als starke Ermutigung zu weiterem Vormarsch empfinden.

Von Genf nach Chequers.

Nach der Ratstagung in Genf ist der Besuch der deutschen Staatsmänner in Chequers die nächste Etappe der deutschen Außenpolitik. In acht Tagen wird der Reichskanzler Dr. Brüning in Begleitung des Reichsaussenministers Dr. Curtius nach London abreisen. Als Gäste des englischen Ministerpräsidenten werden sie das Wochenende auf dem Landgut Chequers verbringen. Ueber die hohe Bedeutung dieser Zusammenkunft dürfte kein Zweifel bestehen, immerhin muß die deutsche Öffentlichkeit davor gewarnt werden, allzu große Hoffnungen auf die Aussprache in Chequers zu setzen. Eine praktische Auswirkung der deutsch-englischen Ministerkonferenz dürfte auf jeden Fall erst in geraumer Zeit zu erwarten sein.

Der Besuch in Chequers hat eine komplizierte Vorgeschichte. Die Anregung zu dieser Zusammenkunft geht bekanntlich von der englischen Arbeiterregierung aus, die das anerkennenswerte Ziel verfolgt, abweichend von dem öften, zeitraubenden diplomatischen Wege des Notenwechsels, durch persönliche Fühlungnahme der Staatsmänner wichtige Fragen der internationalen Politik ihrer Lösung entgegenzuführen. Daß die englischen Vermittlungsvorschläge nicht immer die besten Wege gehen, hat die Genfer Ratstagung zur Genüge gezeigt. Zollunion und Abrüstung lagen da gerade genug. Immerhin zeugt die englische Einladung an die deutschen Staatsmänner von dem ersten Willen der englischen Regierung, durch eine offene Aussprache die politische Situation zu klären. Von deutscher Seite kann man es nur begrüßen, daß der Reichsregierung die Gelegenheit geboten wird, mit der Regierung des britischen Weltreiches engere Fühlung zu nehmen. Beide Länder, Deutschland und England, haben heute schwer unter der wirtschaftlichen Krise zu leiden und werden aus einem freimütigen Meinungsaustausch über die Möglichkeiten zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zweifellos großen Nutzen ziehen.

Bei dieser Aussprache wird sich allerdings bald herausstellen, daß die Wirtschaftskrise Deutschlands weit gefährlicher und ernster ist, als die wirtschaftlichen Sorgen Englands. Wohl ist dessen Arbeitslosigkeit auch sehr groß, doch was bedeutet sie angesichts der gewaltigen Hilfsmittel, die das reiche England zur Bewältigung dieser Not aufweisen kann. Ganz anders liegen die Dinge in Deutschland. Ein verarmtes, geknechtetes Volk, das unter der ungeheuren Reparationslast fast zusammenbricht und deswegen von der Wirtschaftskrise doppelt schwer betroffen wird, kann unmöglich auf die Dauer ein Millionenheer von Arbeitslosen unterhalten und ernähren. Die Zahl der aus der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsfürsorge ausgesteuerten Wohlfahrtserwerbslosen hat die Millionengrenze überschritten, die saisonmäßige Entspannung auf dem Arbeitsmarkt des Frühjahrs ist ganz gering, so daß wir mit der Gefahr einer weiteren Steigerung der Arbeitslosenziffern im kommenden Winter rechnen müssen. Reich, Länder und Gemeinden können die Mittel zur Vinderung dieser Not nicht mehr aufbringen. Alle Ersparnismaßnahmen werden durch den Rückgang der Steuern illusorisch gemacht, neue Steuerlasten können der zusammenbrechenden Wirtschaft nicht mehr aufgebürdet werden.

Eine finanzielle Erleichterung kann nur durch eine Revision der deutschen Reparationszahlungen erfolgen. Der Reichskanzler wird den englischen Ministerpräsidenten über die Dringlichkeit dieser Forderung nicht im unklaren lassen, allerdings ist kaum anzunehmen, daß MacDonald von sich aus zu diesen Darlegungen des

der evgl. Vereinshauslichtspiele, die Wanderkinobetriebe und der Filmpolitik fast restlos erfasst, so daß auch eine nähere Verbindung mit dem Propagandadienst im Zentralauschuß für Innere Mission Deutschlands unmittelbar bevorsteht. Der Schritt in die Öffentlichkeit, der in Kassel vollzogen wurde, ließ den erstaunlichen Widerhall deutlich fühlbar werden, den die Inangriffnahme dieses wichtigen Gebietes von Seiten evangelischer Kreise auslöste. Vor allem waren es neben den großen am Kulturfilm arbeitenden neutralen Stellen die katholischen Kreise, die in Kassel maßgeblich durch zwei Brüder, Muckermann und Dr. Schamoni, vertreten waren und von sich aus die Hand boten zu einem Zusammengehen auf diesem Gebiet in viel weiterem Maß, als je gehofft werden konnte. Die große Gegenfront weltlicher und östlicher Unterwühlung deutsch-christlicher Kultur ist klar erkannt. So schließen sich die Reihen aus allen Lagern, die sich als Hüter christlichen Geistes berufen fühlen auch auf einem so vorgeschobenen Außenposten, wie es der Film darstellt, wo schon die große Geistesklacht zwischen Freidenkertum und Gotteswelt in vollem Gange ist.

Ein umfassender Bericht dieses Kongresses, der auch die maßgebenden Hauptreferate ungekürzt zum Ausdruck bringt, wird in Kürze erscheinen (zu beziehen durch Dr. Hellbeck, Witten (Ruhr), Röhrchenstraße 10) und allen Interessenten Einblick gewähren in die hier geleistete und weiter geplante Arbeit unter dem Auftrag: Sinnen mit den Kräften des Evangeliums in die wirre Welt unserer Tage! Seppke, Pf.

Mission und Politik.

Die nationalstiftische Bewegung in Indien bringt auch für die Missionsarbeit mancherlei Schwierigkeiten mit sich. Ein amerikanischer Missionar, Reithahn, hatte seiner Sympathie für die nationalstiftische Bewegung offenen Ausdruck gegeben, daraufhin wurde er von der Behörde in Madura aufgefordert, Indien zu verlassen und von der

Reichskanzlers
Insofern dürfte
werden, an den
ten. Immerhin
gerung zum
Regierungen,
erneut in nach
den, daß ein
gend geboten
widlungen in
ten Auswirkung

Die eng
übrigens berei
Besuch in Che
men einmütig
mäßigkeit der
positive Ergeb
werde, den de
dauernde Wä
führt das Blat
ziehungen zu
Beziehungen z
Minister werd
sten klarzulege
Zuhörer zu fir
Innen lagen u
international ge
schnele H

Kabinettsrat

Die Feiertag
Dauer. Dienst
aus dem kurz
und bereits o
nettsführung na
minister Dr.
erstattet.

Die innere
schieden werde
Kabinettsfigur
ten. Es hat d
wie vor der E
muß, um mit
große Sanier
werden.

In etwas
England statt
ordnung noch
rechnet jetzt
wird, da am
trums in
Gelegenheit h
ziellen Sparn

Vor tr
Am Son
mokrati
ganze Woche
Donnerstag z
zusammen. A
Woche noch
nicht vorgel
nung noch n
dem, was ü
nung verlaut
nung Sparn
rung, der W
sehung der
der Kürzung
fallversicherung
teipolitische
Der

Wie ver

Mission geso
haben sollte.
Beamt, daß
ben sollte, d
lität erschein
noch darüber
tion ihre im
sich gegen d
sich für die
und teilte d
schiffe, die d
würden. —
gegen die
trotz all sein
vollkommen
wieder aussp
und Natarac
„Die Auffas
nicht nur ein
geistigen Zu
nem Untert
lichen Zeite
gendene Re
Wir können
auffordern,
kennen. Ab
und müßte,
Herrschers
müßte, der
Landes sein
ligiöser Neu
und anerke
müßte religi
Untertanen
ziehen, ve
aller Religi
darf.“

s Meingedenken
Segenswünschen
der westfälischen
erheit die 8000
ihre besonderen
ihnen die ganze
dieses Gedenken
igung zu weite.

equers.

Besuch der deut-
schte Etappe der
der Reichsfinanz-
saßenminister
Büste des engli-
Wochenende auf
er die hohe Be-
ein Zweifel be-
sicherheit davor ge-
die Aussprache
Auswirkung der
auf jeden Fall

komplizierte Vor-
mmenkunft geht
ierung aus, die
eichend von dem
ge des Noten-
der Staats-
den Politik ihrer
glichen Vermitt-
wege gehen, hat
Zollunion und
berhin zeugt die
ratsmänner von
ung, durch eine
zu klären. Von
daß der Reichs-
mit der Regie-
lung zu nehmen.
d, haben heute
leiden und wer-
stausch über die
Schwierigkeiten

dings bald her-
lands weit ge-
ästlichen Sorgen
zeit auch sehr
der gewaltigen
Bewältigung die-
die Dinge in
Woll, das unter
mmenbricht und
t schwer betref-
ein Millionen-
ernähren. Die
g und der An-
verbslosen hat
sonnmäßige Ent-
shjähre ist ganz
weiteren Stei-
menden Winter
den können die
mehr aufbringen.
den Rückgang
verlasten können
mehr aufgebürdet

ur durch eine
onszahlun-
n englischen Mi-
tefer Forderung
an anzunehmen,
Darlegungen des

nderhinoberie
st, sodas auch
agandadient im
schlands unmit-
fentlichkeit, der
unlichen Wider-
griffnahme die-
gelficher Kreise
großen am Kul-
die katholischen
zwei Brüder,
den waren und
Zusammengehen
als je gehofft
föhlicher und öst-
tur ist klar er-
llen Lagern, die
föhlich auch auf
ie es der Film
t zwischen Frei-
nge ist.

effes, der auch
zum Abdruck
lehen durch Dr.
10) und allen
hier geleistete
Auftrag: Sinein
wirre Welt un-
Seppe, Pf.

ien bringt auch
ierigkeiten mit
hn, hatte seiner
ung offen Aus-
der Behörde in
en und von der

Reichskanzlers selbständig wird Stellung nehmen können. Insofern dürfte Chequers auch nicht zu einem Wendepunkt werden, an den große Erwartungen geknüpft werden könnten. Immerhin könnte die Aussprache der englischen Regierung zum Anlaß dienen, um bei den ihr befreundeten Regierungen, besonders aber in Paris und in Washington, erneut in nachdrücklicher Weise darauf aufmerksam zu machen, daß eine gemeinsame einschneidende Aktion dringend geboten erscheine, um die Gefahr katastrophaler Entwicklungen in Europa zu verhüten, von denen in der letzten Auswirkung kein Land verschont bleiben würde.

Die englische Öffentlichkeit beschäftigt sich übrigens bereits sehr eingehend mit dem bevorstehenden Besuch in Chequers. Die Londoner Sonntagsblätter nehmen einmütig an, daß das Hauptdiskussionsthema die Ermäßigung der Reparationen sein werde. „Observer“ erhofft positive Ergebnisse von dem Besuch, dessen Zweck sein werde, den deutsch-englischen Beziehungen eine neue und dauernde Wärme einzuflößen. Es wäre indessen nutzlos, fährt das Blatt in seinen Ausführungen fort, Englands Beziehungen zu Deutschland durch eine Verschlechterung der Beziehungen zu Frankreich zu verbessern. Die deutschen Minister werden versuchen, die wirklichen Reparationslasten klarzulegen. Sie dürfen gewiß sein, verständnisvolle Zuhörer zu finden, müßten jedoch damit rechnen, daß man ihnen sagen wird, daß internationale Angelegenheiten international geregelt werden müßten und daß eine vorläufige Handlung ihrerseits unflug wäre.

Ein englischer Versuchsballon.

Gedächtnis über Milliardenanleihe zwecks Aufrechterhaltung des Youngplans. — Eine undiskutierbare Offerte.

In englischen Regierungskreisen scheint man der Meinung zu sein, daß der gegenwärtigen Not Deutschlands durch eine sogenannte „Reparations-Anleihe“ abgeholfen werden könne. So wußte das Londoner Arbeiterblatt „Daily Herald“ von einer geplanten Anleihe an Deutschland in Höhe von zwei Milliarden Mark zur Behebung der augenblicklichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und zur Ermöglichung der weiteren Reparationszahlungen zu berichten.

An Berliner amtlichen Stellen ist, wie wir erfahren, von einer solchen Anleihe nichts bekannt. In politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß eine derartige Anleihe keineswegs die geeignete Möglichkeit zur Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und zur Regelung der Reparationsfragen wäre. Deutschland braucht keine neue Anleihe, um seine Reparationsschulden weiter bezahlen zu können, sondern es braucht eine definitive Herabsetzung der Reparationszahlungen. Auch die Hereinziehung des Völkerbundes in diesen Fragenkreis hält man in politischen Kreisen für nicht opportun. Der Völkerbund könnte wohl in der Lage sein, in weniger bedeutenden Fällen eine wirtschaftliche Hilfe zu organisieren, aber für die Lösung des Reparationsproblems ist er nicht geeignet.

Politik im Eiltempo.

Kabinettsrat in Permanenz. — Dr. Curtius berichtet über Genf.

— Berlin, 27. Mai

Die Feiertagsruhe in der Politik war nicht von langer Dauer. Dienstagnachmittag ist Reichskanzler Dr. Brüning aus dem kurzen Pfingsturlaub nach Berlin zurückgekehrt, und bereits am heutigen Mittwoch wird die erste Kabinettsitzung nach Pfingsten stattfinden, in der Reichsaußenminister Dr. Curtius Bericht über die Genfer Ereignisse erstattet.

Die innenpolitischen Fragen, die in diesen Tagen entschieden werden sollen, dürften dann die ganzen nächsten Kabinettsitzungen bis zur Reise nach Chequers ausfüllen. Es hat den Anschein, als ob sich das Kabinett, ebenso wie vor der letzten Notverordnung in Permanenz erklären muß, um mit der Fülle der Einzelbestimmungen, die das große Sanierungsprogramm enthalten soll, fertig zu werden.

In etwas mehr als einer Woche wird der Besuch in England stattfinden. Ob die Veröstlichung der Notverordnung noch bis dahin erfolgen kann, ist fraglich. Man rechnet jetzt sogar damit, daß sie erst Mitte Juni dekretiert wird, da am 14. Juni die Reichstagsfraktion des Zentrums in Hildesheim tagt und der Reichskanzler hier Gelegenheit hätte, über die politische Lage und die finanziellen Sparmaßnahmen Aufschluß zu geben.

Vor kritischen Auseinandersetzungen.

Am Sonntagabend wird in Leipzig der sozialdemokratische Parteitag eröffnet, der vermutlich die ganze Woche hindurch Beratungen abhalten wird. Am Donnerstag tritt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zusammen. Wesentliche politische Beschlüsse sind in dieser Woche noch nicht zu erwarten. Man wird dem Parteitag nicht vorgreifen. Aber auch dieser wird zur Notverordnung noch nicht kritisch Stellung nehmen können. Nach dem, was über den sozialpolitischen Teil der Notverordnung verlautet, d. h. nach den zu erwartenden notwendigen Sparmaßnahmen auch in der Sozialversicherung, der Verlängerung der Anwartschaftsfristen, Herabsetzung der Saisonarbeiterlöhne auch die der Kriensfürsorge, der Kürzung der Leistungen in der Invaliden- und Unfallversicherung usw., muß man sich noch auf kritische parteipolitische Auseinandersetzungen gefaßt machen.

Der angebliche Inhalt der Notverordnung.

Wie verlautet, wird die neue Notverordnung an Um-

Mission gefordert, daß sie mit ihm nichts mehr zu tun haben sollte. Nicht genug damit, forderte der betreffende Beamte, daß die Mission einstimmig Erklärungen abgegeben sollte, die den Missionaren als ein Bruch der Neutralität erscheint, wie sie ein Missionar üben sollte. Aber noch darüber hinaus forderte der Beamte, daß die Mission ihre indischen Prediger und Lehrer zwingen sollte, sich gegen die nationalistische Agitation zu erklären und sich für die Politik der englischen Regierung einzusetzen und teilte der Mission mit, daß andernfalls die Schulzuschüsse, die die Regierung bisher gezahlt hatte, wegfallen würden. — Auf der andern Seite treten die Nationalisten gegen die Missionarsarbeit auf. So hat sich Gandhi, der, trotz all seiner anerkennenden Worte für Christus, stets vollkommen ein Hindu geblieben ist und das auch immer wieder ausspricht, gegen alle Bekehrungsversuche erklärt, und Natarajan schrieb im „Indian Social Reformer“: „Die Auffassung von Herrschaft in einer Monarchie ist nicht nur eine völlig äußere, etwas darin muß auch einen geistigen Zusammenhang zwischen dem Herrscher und seinem Untertanen zeigen. Es ist gegen die seit unendlichen Zeiten in Indien herrschende Ueberlieferung, irgendeine Religion für geringer als andere zu erklären. Wir können den König des indischen Dominions nicht auffordern, sich nicht zum christlichen Glauben zu bekennen. Aber wir denken, daß Indien fordern sollte, daß in dem Krönungsgeiß von Seiten des Herrschers ein feierliches Versprechen enthalten sein müßte, der Beschützer der alten religiösen Glauben des Landes sein zu wollen. Der gegenwärtige Grundsatz religiöser Neutralität müßte durch den Grundsatz aktiver und anerkennender Beschützung abgelöst werden. Die wichtigste Folge dieses Wechsels müßte sein, daß organisiertes religiöses Proselytenmachen, das darauf abzielt, Untertanen seiner Majestät von ihrem alten Glauben wegzuziehen, verhindert würde, da der König als Beschützer aller Religionen nicht eine die andere bekämpfen lassen darf.“

Wlg. Missionsnachrichten.

sang wieder an den der früheren Notverordnungen herankommen, da mehr als ein Duzend Gesetzesänderungen notwendig werden dürften. Wenn jetzt, wie weiter angenommen wird, von allen Steuerzahlern, die noch über Einkommen verfügen, neue Opfer verlangt werden, so ist sich die Reichsregierung darüber klar, daß dafür auch eine Begründung gegeben sein muß, und daß die Steuerzahler weiterhin die Gewißheit erhalten müssen, daß die neuen Anstrengungen den Erfolg haben, die schwere deutsche Krise zu überwinden. In dem Zusammenhang verdient die Stellungnahme der Reichsregierung zur Reparationsfrage besondere Beachtung.

Die Verhandlungen mit den Reichsreparations über die notwendigen Etatsersparungen gehen weiter. Der Reichsfinanzminister hat bereits früher darauf hingewiesen, daß mindestens 200 Millionen eingespart werden müssen. Dabei wird auch der Reichswehr-Etat nicht verschont werden. Die Sparaktion im Reich allein wird aber nicht genügen, Länder und Gemeinden werden nachfolgen müssen.

Wiederaufnahme

der Rumänien-Verhandlungen.

Das Reichskabinett wird sich voraussichtlich auch mit der Frage der deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen beschäftigen. Die Verhandlungen werden voraussichtlich in der ersten Juniwoche beginnen. Die erste Fühlungnahme zwischen Berlin und Bukarest ist bereits erfolgt. Der Zwischenfall scheint aufgeklärt zu sein, und die Lage auf dem Getreide- und Futtermittelmarkt gibt Anlaß zu der Vermutung, daß ein Präferenzabkommen, ob provisorisch oder dauernd, nicht ausgeschlossen ist. Das Interesse der Rumänen an diesen Verhandlungen ist auch durch die Genfer Ereignisse, insbesondere die Zollunion, nicht schwächer geworden, da Rumänien danach trachtet, die großen Getreideüberschüsse, die immer noch im Lande lagern, unterzubringen.

Arbeitskonferenz in Genf.

Die Arbeitszeit im Bergbau.

Wenige Tage nach Abschluß der Ratstagung findet in Genf wieder ein großer internationaler Kongreß statt. Die 15. Internationale Arbeitskonferenz, die am Donnerstag in Genf beginnt, ist mit einer Sitzung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes eingeleitet worden.

Für die Arbeitskonferenz haben sich bis jetzt 45 Staaten angemeldet. Die deutsche Regierung hat mitgeteilt, daß sie den früheren Arbeitsminister Dr. Brauns und den Ministerialdirektor Dr. Söhler entsenden werde. Für den Vorsitz ist diesmal Polen an der Reihe.

Die Konferenz dürfte in ihrer Eröffnungssitzung am Donnerstag den ständigen Vertreter Polens beim Völkerbund, Sozial, zum Präsidenten wählen. England ist durch Shinwell vertreten, der in den vergangenen Monaten wiederholt mit dem deutschen Arbeitsminister Stegerwald über die Hauptfrage, die die Konferenz beschäftigt — die Regelung der Arbeitszeit in den Bergwerksbetrieben — verhandelt hat. Dazwischen wird auch diesmal wieder stehen, weil die Frage der Mitgliedschaft Danzigs zur Internationalen Arbeitsorganisation infolge der ägernden Haltung Polens immer noch unentschieden ist. Die Konferenz wird ungefähr drei Wochen dauern. Die Hauptberatungsgegenstände sind die schon genannte Frage der Arbeitszeit in den Bergbaubetrieben und die Frage der Arbeitslosigkeit.

Die Brauns-Kommission zum Studium der Arbeitslosigkeit

hat am Pfingstdienstag ihre Arbeit wieder aufgenommen, mit der sie in kürzester Frist fertig werden muß, da Brauns sich zu der Tagung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf begeben muß.

Spanien rüstet ab.

Verringerung der Heeresstärke auf die Hälfte.

Der spanische Ministerrat hat sich mit dem Heeresreformentwurf des Kriegsministers einverstanden erklärt. Der Entwurf sieht die Auflösung vieler Regimenter und die Verringerung des Offizierskorps vor.

Es sollen von den bisherigen 76 Infanterie-Regimenten künftig nur 39 bestehen bleiben, von 27 Kavallerie-Regimenten nur 10. Ferner wird jede der neun Divisionen Pionier- und Sanitätsabteilungen haben. Die Artillerie soll aus 20 Regimenten und mehreren Luftabwehrabteilungen bestehen.

Die Heeresreform sieht ferner zwei Tankregimenter, ein Maschinengewehrbaillon, Eisenbahner-, Brückenbau- und Telegraphenregimenter und ein Automobilkorps vor. Statt bisher 22 000 Offizieren sämtlicher Grade sieht der Reformentwurf nur 7000 vor, statt 280 Generalen nur 48. Die Heeresausgaben sollen von 700 Millionen Peseten jährlich auf 500 Millionen herabgesetzt werden.

Kapitalflucht in Spanien.

Madrid, 26. Mai. Der Finanzminister gab eine Erklärung ab, in der er feststellte, daß er die Gründe für das neue Fallen des Pesetenkurses nicht kenne. Die Kapitalverschiebungen hielten an. Sie würden durch gewaltiges Verhalten von Zollbeamten an der Grenze begünstigt. Die Regierung werde die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Da Geldstrafen keine Wirkung hätten, werde von jetzt ab jede Uebertretung des Kapitalfluchtgesetzes mit Gefängnis bestraft werden. Da ferner festgestellt worden sei, daß auch auf Handelschiffen Geldverschiebungen vorgenommen würden, sei eine strenge Ueberwachung der Häfen angeordnet worden.

Da die Regierung mit den Zahlungen an die Unternehmer staatlicher Bauten erheblich im Rückstande ist, wurde jetzt mit der Bank von Spanien ein Übereinkommen getroffen, wonach die Bank die benötigten Gelder vorstrecken will. Die Unternehmer werden dafür 3 v. H. Zinsen zahlen.

Verträge nicht unantastbar.

trotzdem hält man sie aufrecht.

Auf dem Schlußbankett des Kongresses der belgischen Kriegsverletten und Kriegsteilnehmer, der während der Pfingstfeiertage in Paris stattfand, hielt der französische Kriegsminister Maginot eine Rede, in der er sich folgendermaßen über die Bedeutung der Friedensverträge aussprach:

Wir halten die Friedensverträge keineswegs für unantastbar, denn kein Menschenwerk kann etwas Dauerhaftes für sich beanspruchen. Wir beschränken uns auf die Forderung, vorläufig an diesen Verträgen nicht rühren zu lassen, damit sie sich im Laufe der Zeit nützlich auswirken können, namentlich auf dem Gebiet der Sicherheit, an der wir mehr als irgend jemand interessiert sind. Was wir aber auf keinen Fall zulassen können, ist, daß die Verträge, nach denen das neue Europa lebt und die nur durch ein Übereinkommen der Signatarmächte nach einem bestimmten Verfahren revidiert werden können, nach Gutdünken der einen oder anderen Gegenstand einseitiger Revisionen bilden, die einer Verletzung gleichkommen würden.

Der bekannte französische Publizist Hervé bemerkt dazu in seiner „Victoire“, zum ersten Male habe seines Wissens ein im Amt befindlicher Minister so klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er die Verträge nicht für unantastbar halte. Der Vorbehalt Maginots aber, daß man für den Augenblick nicht an den Verträgen rühren dürfe, damit sie sich erfolgreich auswirken können, namentlich auf dem Gebiet der Sicherheit, kennzeichnete allzu sehr das Unverständnis für die wirkliche Lage. Wie könne der Kriegsminister glauben, daß die Zeit auf dem Gebiet der Sicherheit für Frankreich arbeite, wenn man die Revision der Verträge verweigere.

Für gerechten Lastenausgleich.

Gewerkschaftsring mahnt Reichsregierung.

Auf einer Pfingsttagung der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in Berlin sprach der Generalsekretär des Gewerkschaftsrings, der Reichstagsabgeordnete Lemmer, über die bevorstehenden Notmaßnahmen der Regierung. Die heute schwer notleidende Arbeitnehmererschaft müsse fordern, daß mehr als bisher der Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit berücksichtigt werde. Auch der Besitz und die Einkommen müßten sichtbar zu neuen Opferleistungen herangezogen werden. Außerdem müsse die Reichsregierung eine eindeutige Zusage gegen die weitere Kaufkraftverminderung durch fortgesetzten Lohn- und Gehaltsabbau abgeben. Die weitere Zerstörung des inländischen Marktes durch den volkswirtschaftlich unumgänglichen Abbau der Löhne und Gehälter könne kein geeignetes Mittel sein, die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Wenn Reichsregierung und Wirtschaftsführer der weiteren Revolutionierung der Masse Einhalt gebieten wollen, dann wäre es die allerhöchste Zeit, auf dem bisherigen Wege umzukehren.

Die Gewerkschaften gegen Sozialabbau.

Die drei gewerkschaftlichen Spitzenverbände (freie und christliche Gewerkschaften und Gewerkschaftsring) haben in einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister Stegerwald gegen die Verschlechterung der Unfall- und Invalidenversicherung und gegen den Abbau der schon sehr kleinen Invalidenrenten und der Unfallrenten Protest erhoben.

Erfolg des deutschen Schulstreiks.

Zurücknahme der Schulverordnung in Schwed.

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ zu dem Schwedischen Schulstreik aus Schneidemühl berichtet, hat der polnische Kreischulinspektor des Kreises Schwed, Zatorski, unter dem Eindruck der festen und geschlossenen Haltung der deutschen Bevölkerung den evangelischen Religionslehrern seines Amtsbezirkes telephonische Weisung gegeben, daß dort, wo die Eltern unbedingt darauf bestehen, den deutschen Schülern evangelischen Bekenntnisses der Religionsunterricht in der deutschen Muttersprache zu erteilen sei.

Pfingsttagung der Lehrer.

Abendfeier in der Frankfurter Paulskirche.

Der Deutsche Lehrerverein, der mehr als 150 000 Mitglieder zählt und somit nicht nur die größte Lehrervereinigung Deutschlands, sondern der ganzen Welt ist, hielt diesmal seine Jahrestagung in Frankfurt a. M. ab. Ein großer Teil der auf etwa 5000 geschätzten Teilnehmer ist bereits in Frankfurt eingetroffen. Das Reichsinnenministerium und die preussische Regierung sind durch Ministerialrat Menzel und durch Minister Grimm vertreten.

Als erste öffentliche Veranstaltung der Deutschen Lehrerverammlung Pfingsten 1931 in Frankfurt a. M. fand am Abend des zweiten Feiertages in der Paulskirche eine

